

Braucht es einen «Digitalcheck» für neue Gesetze?

Durch eine digitale Checkliste sollen Gesetze und Verordnungen frühzeitig auf ihre Praxistauglichkeit überprüft werden. Das sagen die Luzerner Parteien zur Idee.

Lukas Zwiefelhofer

Im letzten Jahr hat der Kanton Luzern seine Digitalisierungsstrategie präsentiert. Der Übergang vom Analogen ins Digitale soll dabei vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Gesellschaft und öffentliche Verwaltung vorangetrieben werden. Geplant wurde unter anderem die Einführung einer kantonalen E-ID. Allerdings sind die Chancen und Risiken der digitalen Transformation im Vorfeld der kantonalen Wahlen 2023 in Luzern wenig bis gar nicht thematisiert worden.

Die Wahlen sind bekanntlich vorüber, und die neue Legislaturperiode beginnt am 1. Juli. Nun fordert der Digitalrat – ein Luzerner Unternehmen, das Digitalberatung anbietet – die Einführung eines sogenannten Digitalchecks für den Kanton Luzern. Dabei handelt es sich um eine Checkliste, die dazu dienen soll, Gesetze und Verordnungen zu Beginn des Gesetzgebungsverfahrens auf ihre «Digitalisierungsstauglichkeit» zu prüfen.

Befürworter eines Digitalchecks argumentieren, dass dadurch mögliche Schwachstellen frühzeitig im Gesetzgebungsprozess identifiziert und Entwürfe auf ihre Praxistauglichkeit hin angepasst werden könnten. Spätere Änderungen würden nicht nur den Prozess verkomplizieren, sondern oftmals auch zusätzliche Kosten verursachen – durch einen rechtzeitigen Digitalcheck wäre dies theoretisch vermeidbar. So die Grundidee.

Permanenter Beirat

Einer der Befürworter ist Kevin Klak von der Firma Digitalrat. Klak, der im Frühling für die GLP für den Kantonsrat kandidiert hat, sagt, der Digitalcheck sei ein sehr konkreter Baustein, der dazu beitragen könne, dass Regulierungen und politische Entscheidungen die Nutzung von Technologie fördern: «Er stellt sicher, dass der digitale Raum nicht vergessen geht oder marginalisiert wird.» Als weiteren Baustein nennt Klak ein Beiratsgremium, welches den Digitalcheck «am Leben halten» und bei Bedarf auch Änderungsvorschläge machen könnte.

Klak nennt ein konkretes Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit, wo man einen Digitalcheck sinnvoll hätte einsetzen können: Claudia Huser (GLP) lancierte im Mai 2022 ein Postulat im Kantonsrat zur Prävention im Bereich sexueller Gewalt an Kindern. Gemäss Klak ist der digitale Raum – Stichwort Cyberkriminalität – darin überhaupt nicht berücksichtigt worden. «Schulen wollen ja affiner für den digitalen Raum werden, und mit einem digitalen Check könnte das in der Agenda auftauchen.»

Gleichzeitig kritisiert Kevin Klak das Vorgehen der Politik: «Jegliche Interaktionen haben



Durch eine digitale Checkliste sollen Gesetze auf ihre Praxistauglichkeit überprüft werden.

Bild: Peshkova / iStockphoto

heutzutage ein digitales Potenzial oder werden bereits grösstenteils in digitaler Form abgewickelt. Und nicht analoge Angebote werden selbstverständlich ohne Rücksprache mit der Politik an den Markt gebracht. Diese aber verharren und reagiere «spät bis nie».

Klak verweist zudem auf die positiven Erfahrungen, die im Ausland mit dem Digitalcheck gemacht worden sind. In Dänemark etwa habe die Politik schon länger den Digitalcheck eingeführt. Generell gilt Dänemark als Vorreiterstaat in Sachen Digitalisierung. In Deutschland werden neue Gesetzentwürfe und Verordnungen der Bundesregierung seit dem 1. April 2023 einem Digitalcheck unterzogen, dessen Ergebnisse auch öffentlich einsehbar sind. Was aber halten die Luzerner Parteien von der Idee eines Digitalchecks?

SP und GLP sehen Mehrwert in Digitalcheck

Die SP findet den Digitalcheck «spannend und prüfenswert», wie die Vize-Präsidentin der Luzerner SP-Fraktion, Anja Meier, auf Anfrage erklärt. Es handle sich dabei um ein innovatives Konzept, welches das Potenzial habe, einen grossen Mehrwert für die Anspruchsgruppen der öffentlichen Hand zu schaffen. «Mit einem formalisierten Digitalcheck kann die Anwendung diverser Rechtsgrundlagen praxistauglicher

und nutzungsfreundlicher werden», sagt Meier.

Sie betont aber gleichzeitig: «Das Mitdenken des digitalen Wandels betrifft nicht nur den Kantonsrat, sondern muss schon vorher in der Verwaltung beginnen.» Entscheidend wäre die Art und Weise der Umsetzung. Und: «Mit der Einführung der E-ID und dem Service-Portal stehen grosse kantonale IT-Projekte an, bei denen die digitale Umsetzung zwingend schon im Gesetzgebungsprozess berücksichtigt werden muss.»

Positive Signale aus GLP, FDP und SVP

Die GLP ist der Einführung eines Digitalchecks nicht abgeneigt. Der Megatrend «Digitaler Wandel» halte in allen Bereichen des Lebens Einzug und müsse darum in der politischen Arbeit berücksichtigt werden. «Eine Checkliste zur vorgängigen Prüfung von Gesetzen auf ihre Digitalisierungsstauglichkeit kann aus der Sicht der Grünliberalen einen Mehrwert bringen», sagt GLP-Kantonsrat Simon Howald.

Gemäss Howald könnte der Digitalcheck in einer Anfangsphase als optionales Instrument eingeführt werden, um bei der Verwendung in der Parlamentsarbeit wertvolle Erfahrungen zu sammeln. «Das sollte als unterstützende Hilfe und nicht als zusätzliche Bürde wahrgenommen werden», hält er fest.

Auch die SVP findet die Einführung eines Digitalchecks sinnvoll, wie Fraktions-Co-Präsident Reto Frank erklärt. Als Grundlage für die umfassende Nutzung des Potenzials digitaler Lösungen benötige es eine digitaltaugliche Gesetzgebung sowie eine Schulung und Sensibilisierung im Umgang mit digitalen Anwendungen. «Ein Digitalcheck wäre ein mögliches Mittel, um dies in verschiedenen Bereichen zu schaffen», sagt Frank.

«Digitale Kompetenz lässt sich nicht mit einer Checkliste für Politik oder Verwaltung verordnen.»



Co-Fraktionsschefin der Grünen

Er hält jedoch fest, dass die SVP den Digitalcheck nur unterstütze, wenn dadurch keine zusätzliche Gesetzesflut ausgelöst werde, und meint: «Sofern es in einem sinnvollen und notwendigen Rahmen liegt, ist nichts dagegen einzuwenden.»

Die FDP hat «grundsätzlich eine positive Einstellung zur Frage des Digitalchecks», wie Vize-Fraktionsschefin Irene Keller sagt. Auch Politikerinnen und Politiker müssten einsehen und zugeben, dass sie keine Fachleute der digitalen Welt seien. «Daher ist jeder Schritt, der hilft, die Digitalisierung in professionelle Bahnen zu lenken, hilfreich und muss geprüft werden», sagt Keller.

Sie stellt jedoch – ähnlich wie die SVP – Bedingungen: Es sei klar, dass der Digitalcheck selbst Administration auslösen werde. «Wenn aber durch Initialadministration spätere, lang andauernde Administration und Bürokratie vermieden werden kann, ist dies in Kauf zu nehmen und vorzuziehen», hält Keller fest. Die Frage nach Aufwand und Ertrag müsste beim Digitalcheck geklärt sein. Zudem betont Keller, es sei wichtig, zu wissen, welche Erfahrung Länder wie Dänemark bis anhin damit gemacht haben – um von ihnen zu lernen.

Die Mitte warnt vor «zusätzlicher Bürokratie»

Die Mitte steht dem Digitalcheck kritisch gegenüber. Die Digitalisierung habe für die Par-

tei zwar eine hohe Priorität, wie der Fraktionspräsident Adrian Nussbaum erklärt. «Allerdings bin ich persönlich der Meinung, dass die Vor- und Nachteile im Einzelfall detailliert geprüft werden müssen. Ob die Idee des Digitalchecks tatsächlich das zielführende Instrument dazu ist, stelle ich infrage.» Erfolgreiche digitale Transformation gelingt Nussbaum zufolge in der Einzelanwendung. «Der Digitalcheck scheint in erster Linie eine zusätzliche Bürokratie ohne direkten Nutzen zu sein», betont er.

«Ein Digitalcheck ist ein interessanter Ansatz und würde zu einer digitalaffinen Verwaltung beitragen», erklärt die Grüne Co-Fraktionsschefin Korintha Bärtsch. Ein Digitalcheck liege aber nicht in der Verantwortung des Kantonsrats. Es gehe dabei um Sachbearbeitungsprozesse in Verordnungen, also nicht auf Gesetzesstufe. Bärtsch findet deshalb, dass der Digitalcheck vor allem in der Verwaltung effektiv eingesetzt wäre.

Grundsätzlich gelte aber: «Digitale Kompetenz lässt sich nicht mit einer Checkliste für Politik oder Verwaltung verordnen.» Für den digitalen Wandel in der Luzerner Verwaltung braucht es Bärtsch zufolge Investitionen in das Personal und in die Technologien – vor allem aber «einen Spirit der Offenheit und der Neugier, bis hinauf in den Regierungsrat».